



KO-RUS-Kurier

(Juni 2010)

Sonderausgabe

anlässlich der Konferenz im Deutschen Bundestag am 6. Mai 2010

„EU und Russland – Perspektiven der Zusammenarbeit“



Liebe Leserinnen und Leser,

anlässlich des am 6. Mai 2010 im deutschen Bundestag durchgeführten Expertenforums „EU-Russland – neue Perspektiven für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit“ erscheint diese Sonderausgabe des KO-RUS-Kuriers. Die Konferenz vereinte mehr als 40 Experten der deutschen, russischen und polnischen Zivilgesellschaft mit Vertretern der EU-Kommission und der Bundesregierung. Die Ergebnisse erscheinen mir interessant genug, um sie hier zusammen mit einem Positionspapier zur europäisch-russischen Zusammenarbeit zu veröffentlichen.

Eine Ansprache, die ich bei einer Kranzniederlegung am 9. Mai anlässlich des 65. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges gehalten habe, ist hier ebenfalls wiedergegeben.

Дорогие читатели,

по случаю состоявшегося в Германском Бундестаге 6 мая 2010 года форума экспертов „ЕС – Россия – новые перспективы межобщественного сотрудничества“ публикуется специальный выпуск „Курьер „КО – РУС“. Эта конференция объединила более 40 экспертов гражданских обществ Германии, России, Польши с представителями Комиссии ЕС и Федерального правительства. Результаты, как мне кажется, достаточно интересны для их публикации вместе с изложением ключевых тезисов сотрудничества между Европой и Россией.

Кроме того, в это издание включено мое выступление во время возложения венка 9 мая по случаю 65-летия окончания Второй мировой войны.

Mit herzlichem Gruß

Ihr

*Dr. Andreas Schockenhoff, MdB
Koordinator für die deutsch-
russische zwischengesell-
schaftliche Zusammenarbeit*

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Ansprache zum Expertenforum im Deutschen Bundestag: „EU-Russland – Neue Perspektiven für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit“	2
2. Ergebnisse des Expertenforums	4
3. Die Rolle der EU bei der Modernisierung Russlands: Zaungast oder Partner? Podiumsdiskussion in Berliner EU-Vertretung	8
4. Итоги экспертного форума ЕС-Россия: новые перспективы сотрудничества по линии общественности	9
5. Positionspapier: For a New Start in Civil Society Cooperation with Russia	13
6. Ansprache anlässlich der Kranzniederlegung in Luckenwalde am 9.5.2010 zum Gedenken an das Kriegsende vor 65 Jahren	17

Ansprache zum Expertenforum im Deutschen Bundestag: „EU-Russland – Neue Perspektiven für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit“

Dr. Andreas Schockenhoff



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gäste aus Brüssel, Russland und Polen,

ich freue mich sehr, Sie zu diesem Experten-Rundtisch zu begrüßen. Ich habe Sie eingeladen, um ein Thema zu diskutieren, das mir als Russland-Be-

auftragtem der Bundesregierung ein besonderes Anliegen ist: „Neue Perspektiven für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland“. Ich sehe in der Tat neue Perspektiven durch eine neue Dynamik, die das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und Russland erfasst hat. Dabei wirken - wie immer wieder in der internationalen Politik - eine Reihe von Faktoren zusammen, die gemeinsam eine neue „Großwetterlage“ schaffen, die es zu nutzen gilt.

Dies beginnt mit dem bekannten „reset“ in den US-russischen Beziehungen, der inzwischen zu einem neuen START-Abrüstungsvertrag geführt hat, hinter dem sich weitere politische Annäherungsschritte abzeichnen. Nach einigen schwierigen Jahren schafft diese konjunkturelle Belebung zwischen Washington und Moskau wieder neue Chancen für die EU-Russland Zusammenarbeit. Nicht minder wichtig ist die Annäherung, bzw. schrittweise Normalisierung zwischen Russland und Polen, die in Vladimir Putins Umarmung des polnischen Ministerpräsidenten Tusk

nach dem Flugzeugabsturz von Smolensk einen sichtbaren Ausdruck gefunden hat. Ich beobachte die polnisch-russische Annäherung seit einigen Jahren und bin überzeugt, dass sie für die Entwicklung einer kohärenteren europäischen Russland-Politik eine Schlüsselbedeutung haben kann.

Vor allem aber ist in Russland selber eine Art „reset“ in Gang gekommen. Die Wirtschaftskrise hat eine Diskussion über die Modernisierung des Landes angeregt, die offen mit der Zukunftsfähigkeit Russlands verknüpft wird. In der neuen Sicherheitsdoktrin wird Russlands internationale Aktionsfähigkeit klar mit seiner inneren Entwicklung und Modernisierung verbunden. In oft drastischen Reden betont Präsident Medwedew den Wert von individueller Verantwortung und die Rolle der Zivilgesellschaft für die Modernisierung des Landes. Noch gibt es in Russland keinen Modernisierungskonsens, nicht unter den herrschenden Eliten, und vor allem nicht zwischen Staat und Gesellschaft. Aktuelle Umfragen zeigen, dass drei Viertel der Menschen dem Modernisierungsvorhaben der Führung mit Skepsis, Zynismus und Apathie gegenüberstehen. Trotzdem ist ein Prozess in Gang gekommen, der gerade auf zwiischengesellschaftlicher Ebene neue Chancen und Perspektiven schafft, die auf EU-Ebene stärker genutzt werden sollten, wie es in dem Papier „For a New Start in Civil Society Cooperation between the EU and Russia“ formuliert wird.

Denn für jeden Bereich der Modernisierung braucht Russland die aktive Partizipation seiner Gesellschaft, braucht es Menschen, die sich „von unten“ einmischen und engagieren. Die Förderung von Modernisierung als einem gesamtgesellschaftlichen Prozess stellt die EU-Russland Zusammenarbeit vor wirklich neue Herausforderungen.

Dabei stehen für mich heute zwei Fragen im Mittelpunkt:

Erstens: Welche Erwartungen, vielleicht sogar Forderungen hat die russische Zivilgesellschaft an die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union?

Und zweitens: Was haben wir den russischen NGOs zu bieten? Vor allem: was kann die EU auf der Ebene der zwiischengesellschaftlichen Zusammenarbeit heute besser, d.h. angemessener und effektiver machen als in den 90er Jahren?

Um mit der EU zu beginnen: Zu Recht hat EU-Kommissionspräsident Barroso Russland auf dem letzten Gipfeltreffen eine „Modernisierungspartnerschaft“ angeboten, die auch die zivilgesellschaftlichen Beziehungen umfasst. Ich freue mich sehr, dass Herr Gunnar Wiegand, der „Osteuropa-Direktor“ der Europäischen Kommission, bei uns ist, um uns das Konzept dieser Modernisierungspartnerschaft genauer zu erläutern.

Aus deutscher Sicht möchte ich dazu nur einige Thesen aus meiner Arbeit als Russland-Koordinator einbringen. Fast alle der „10 Thesen zu neuen Grundlagen für die deutsch-russische zwiischengesellschaftliche Zusammenarbeit“, die ich 2009 entwickelt habe, lassen sich auf die EU-Russland Ebene übertragen. Für die heutige Diskussion erscheinen mir fünf Punkte am wichtigsten:

1. Die Ära der Entwicklungshilfe für Russland ist vorbei. Die „Helfer“-Haltung der 90er Jahre sollte einer Zusammenarbeit auf der Grundlage gemeinsamer Interessen weichen. In den USA wird dies seit neuem unter dem Slogan „From Assistance to Engagement“ diskutiert, ich würde von projektbezogener, struktureller Zusammenarbeit „auf Augenhöhe“ sprechen.

2. Alles ist möglich. Das Spektrum gemeinsamer Projektarbeit muss mit Blick auf die Modernisierungsagenda erheblich erweitert werden. Auch wenn Themen wie Menschen- und Bürgerrechte weiter eine zentrale Rolle spielen, sollte jede Zusammenarbeit auf Nicht-Regie-

rungsebene heute die ganze Bandbreite gesellschaftlich relevanter Themen, von Energieeffizienz, Gesundheit bis zum Verbraucherschutz umfassen.

3. More of the same? Fast 20 Jahre nach dem Neubeginn der Beziehungen zu Russland sollte die EU ihre Angebote an die russische Bürgergesellschaft kritisch überprüfen. Immer wieder höre ich von deutschen und russischen Projektpartnern, dass die EU-Finanzinstrumente über die Jahre zu komplex geworden sind. Wie können diese weiterentwickelt werden, um für russische Projektpartner transparent und zugänglich zu sein?

4. Meiner Erfahrung nach hat sich das Modell eines „Koordinators für die deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit“ so bewährt, dass ich dafür plädiere, auch auf EU-Ebene einen Koordinator zu schaffen, unter dem die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland konzeptionell, institutionell und finanziell besser verankert werden könnte.

5. Schließlich unterstütze ich die Idee, parallel zum „Civil Society Forum“ der „Östlichen Partnerschaft“ ein ähnliches EU-Forum für den Austausch mit der russischen Zivilgesellschaft. Wie, in welcher Form und welchen Mitteln könnte ein solches Forum eingerichtet werden – auch dies möchte ich hier mit Ihnen diskutieren!

Damit komme ich schließlich zu denen, die - wie gesagt – grundsätzlich im Mittelpunkt unserer Diskussionen und Überlegungen stehen sollen: den Vertretern der russischen Zivilgesellschaft. Denn am Anfang braucht Russland vor allem eine „Modernisierungspartnerschaft“ in seiner eigenen Gesellschaft. Die Frage ist wie die EU diesen Prozess unterstützen kann.

Ich freue mich außerordentlich, dass **Juri Dzhibladsze**, der Leiter des Zentrums für Menschenrechte und Demokratie, die Sicht der russischen NGOs darstellen wird, da er auch Mitglied im

„Rat für die Entwicklung von Zivilgesellschaft und Menschenrechten“ beim Präsidenten der Russischen Föderation ist. Daneben begrüße ich **Arsenij Roginski** und **Elena Zhemkova** von der bekannten Menschenrechtsgesellschaft „Memorial“ und - ebenfalls aus Moskau - **Maria Tschertok**, die Direktorin des Moskauer-Büros der renommierten britischen Charities Aid Foundation. Sie alle werden die Überlegungen von Herrn Wiegand und Herrn Dzibladsze kommentieren, gefolgt von Frau **Danuta Przywára**, der Direktorin der Helsinki-Stiftung in Warschau, die auch Mitglied der wichtigen „Grupa Zagraniza“ ist, einer Art Dachverband für polnische NGOs, die international operieren. Allein dass heute eine polnische Vertreterin in Berlin „neue Perspektiven der zwischengesellschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland“ diskutiert, zeigt, dass wir wohl wirklich am Anfang einer neuen Ära stehen.

Ergebnisse des Expertenforums „EU-Russland“

Dr. Andreas Schockenhoff MdB

Als Russland-Beauftragter der Bundesregierung sehe ich seit einiger Zeit neue Möglichkeiten für einen Ausbau der europäisch-russischen Zusammenarbeit, vor allem auf zwischengesellschaftlicher Ebene. Schon 2009 war die EU-Russland-Kooperation ein wichtiger Punkt meines 10-Thesenpapiers zu „Neuen Grundlagen für die deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit“ (13.2.2009). Inzwischen haben einige internationale Entwicklungen tatsächlich eine neue Dynamik geschaffen: der „reset“ durch die Obama-Administration, die weltweite Finanzkrise, die „Östliche Partnerschaft“ der EU, die Annäherung zwischen Russland und Polen und vor allem die Modernisierungspartnerschaft, die die EU Russland Ende 2009 angeboten hat. Diese Dynamik gilt es

meiner Überzeugung nach zu nutzen! Aus diesem Grund habe ich im März 2010 in Brüssel die Möglichkeiten neuer Impulse für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland mit der EU-Kommission, dem Europäischen Rat und im Europa-Parlament erörtert. Gleichzeitig ist von deutschen NGOs ein Positionspapier unter dem Titel „For a New Start in EU-Russia Civil Society Cooperation“ vorgelegt worden, das ich neben einer Reihe deutscher und europäischer Stiftungen und Vereine mit unterzeichnet habe.

Meine Überlegungen konzentrieren sich derzeit auf 6 Punkte:

- „Reset“ der europäisch-russischen zwischengesellschaftlichen Zusammenarbeit „auf Augenhöhe“ statt alter Helfer-Haltung
- Bessere Abstimmung mit den Konzepten, Vorstellungen und Wünschen der russischen NGOs
- Erweiterung des thematischen Spektrums für gemeinsame Projektarbeit im Rahmen der Modernisierungsagenda
- Kritische Überprüfung existierender EU-Angebote und Finanzinstrumente
- Unterstützung für ein EU-Russland „Civil Society Forum“ nach dem Modell der Östlichen Partnerschaft
- Ernennung eines EU-Koordinators für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland

In einem Schreiben an die Hohe Vertreterin der EU Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, habe ich mich für eine bessere konzeptionelle, institutionelle und finanzielle Verankerung der zwischengesellschaftlichen Zusammenarbeit der EU mit Russland eingesetzt. Die Gespräche in Berlin am 6.5. 2010 sollten vor dem nächsten EU-Russland-Gipfel in Rostow-am-Don Ende Mai Gelegenheit geben, Perspektiven zivilgesellschaftlicher Kooperation im Rahmen einer EU-Russland-Modernisierungspart-

nerschaft mit den Akteuren selbst zu diskutieren.



Neben dem Osteuropa-Direktor der EU-Kommission, Gunnar Wiegand, nahmen Juri Dzhibladze, der Leiter des Moskauer Zentrums für Menschenrechte und Demokratie, Arsenij Roginski und Elena Zhemkova von der Menschenrechtsgesellschaft „Memorial“ und Maria Tschertok, die Direktorin des Moskauer Büros der britischen Charities Aid Foundation an den Diskussionen teil. Die polnische NGO-Szene, die z.T. lange Jahre mit russischen Partnern verbunden ist, war mit Danuta Przywara, Direktorin der Helsinki-Stiftung und Vertreterin der „Grupa Zagranica“ in Warschau vertreten.

Neue Perspektiven:

Aus diesen beiden Veranstaltungen und meinen persönlichen Gesprächen mit allen Teilnehmern lassen sich folgende Punkte festhalten:

1. Einerseits bestand allgemeiner Konsens über neue Möglichkeiten in der Zusammenarbeit mit Russland, v.a. durch die neuen Ansätze der Modernisierungsagenda von Präsident Medwedew. Andererseits warnten gerade russische Vertreter vor Illusionen und forderten Geduld und ein vorsichtiges Vorgehen nach den Rückschritten der letzten Jahre. Noch blieben Medwedews Ankündigungen weitgehend Rhetorik, doch müsse diese ernst genommen werden. Die russischen NGOs könnten bei vielen

Themen, die der Präsident anspreche, wichtige neue Impulse liefern.

Zivilgesellschaft könne langfristig jedoch nur durch einen natürlichen Wachstumsprozess „von unten“ entstehen, der Zeit brauche. Noch gebe es z.B. unter russischen NGOs keine gemeinsame Position zur Zusammenarbeit mit westlichen Partnern.

2. Auf EU-Seite unterstrich G. Wiegand die heutige „nüchterne“ Position gegenüber Russland. Mit Russland habe man gemeinsame Interessen, sei derzeit aber leider in der Interpretation gemeinsamer Werte weit voneinander entfernt. Die Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) gingen in vielen Bereichen nur schleppend voran. Das Angebot einer Modernisierungspartnerschaft für Russland solle einen neuen politischen Impuls geben, indem es in 10 konkreten Themenfeldern an Präsident Medwedews Reformen anknüpfe. Dabei gehe es um einen ganzheitlichen Ansatz, der nicht nur die wirtschaftlich-technische, sondern auch die politische, gesellschaftliche und rechtstaatliche Ebene umfasse und ausdrücklich die Zivilgesellschaft einbeziehe. Eine Beschränkung auf einen reinen Technologie-Transfer der EU nach Russland werde es nicht geben.

3. Auch die russischen NGO-Vertreter betonten die Notwendigkeit eines „Paketansatzes“ für eine Modernisierungspartnerschaft mit Russland. Ohne Demokratie und Rechtstaatlichkeit werde technologische Hilfe versickern und konkreter Wandel ausbleiben. Vor neuen Initiativen oder Instrumenten gehe es um eine klare politische Positionierung der EU in Bezug auf die russische Zivilgesellschaft. Ziel müsse eine auf gemeinsamen Prinzipien verankerte Partnerschaft sein; dies müsse durch klares Ansprechen „auf Augenhöhe“ verhandelt werden.



Ziel müsse eine auf gemeinsamen Prinzipien verankerte Partnerschaft sein; dies müsse durch klares Ansprechen „auf Augenhöhe“ verhandelt werden.

4. Grundsätzlich betonten die russischen NGO-Vertreter ihre Befürchtung gegenüber einer Vereinnahmung durch „bürokratische Prozesse“ nicht nur in Russland, sondern auch auf Seite der EU. Die historische Erfahrung habe sie gelehrt, skeptisch gegenüber Initiativen „von oben“ zu bleiben; auch seit der Wende seien immer wieder künstliche „Imitate“ ohne konkrete Ergebnisse entstanden. Die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit den eigenen staatlichen Institutionen wurden unterschiedlich beurteilt, es wurde jedoch auf einzelne positive Beispiele (Stiftung EVZ; Stadtverwaltung Perm, lokale Ebene) verwiesen.

5. Russische Vertreter betonten die Aufgabe, unter den NGOs in ihrem Land eine breitere Plattform zu schaffen, die grundsätzliche Erwartungen und konkrete Ziele in Bezug auf die EU-Zusammenarbeit definieren müsse. Ebenso gab es Forderungen nach einem Mitbestimmungs- bzw. Anhörungsrecht bei der Formulierung der politischen Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland - bis hin zu einer unmittelbaren Teilnahme von NGOs im Rahmen von EU-russischen Verhandlungen. Eine andere Forderung betraf Visaerleichterungen – insbes. für Vertreter der Zivilgesellschaft. Langfristig bedeute Visafreiheit einen wichtigen

Impuls für die Öffnung der russischen Gesellschaft.

6. Auf EU-Seite stand die veränderte Landschaft finanzieller Förderinstrumente im Mittelpunkt. Im Rahmen des *European Neighbourhood Partnership Instruments* (ENPI) dulde Russland keine bilaterale Förderung mehr; doch es gebe positive Erfahrungen im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (CBC). Ebenso werde ein Ausbau der Russland-Mittel im Rahmen des *European Instrument für Democracy and Human Rights* (EIDHR) und anderer Programme überprüft. Das Thema finanzielle Förderung wurde unter den russischen Teilnehmern kontrovers diskutiert. Geld sei nicht das Wichtigste. Entscheidend sei die Unabhängigkeit der Finanzierungsquellen – auch bei der internationalen Unterstützung. Um Missbrauch zu vermeiden, müsse ein Regelsystem für die Verteilung finanzieller (v.a. EU-) Mittel an russische zivilgesellschaftliche Organisationen etabliert werden. Es gebe in Russland positive Erfahrungen mit sog. „Finanzoperatoren“, die auf der Grundlage öffentlicher Ausschreibungen ausgewählt wurden, um den Transfer von Mitteln zwischen Staat und Zivilgesellschaft effektiv zu gewährleisten.

7. Einigkeit bestand darüber, dass Bildungs- und Austauschprogramme für Jugendliche einen besonderen Schwerpunkt der zwischengesellschaftlichen Kooperation mit Russland bilden sollten. Wichtig sei, auch Jugendliche einzubeziehen, die sich nicht über politische und gesellschaftliche Interessen definieren. Jenseits konkreter NGO-Projektarbeit und formaler Bildungsprogramme müsse daher auch der informelle Austausch mit russischen Jugendlichen breiter gefördert werden. Ebenso sollten Freiwilligenprogramme für Jugendliche ausgeweitet werden. Auf EU-Seite die Russland-Mittel im Rahmen der Programme

Tempus (Universitätskooperation) und *Erasmus* (Studentenaustausch) bereits auf jährlich je rund 12 Millionen € erhöht; geprüft werden soll jedoch auch eine Einbeziehung russischer Jugendlicher in die EU-Programme *Comenius* (Schulbildung) und *Leonardo da Vinci* (berufliche Bildung).

8. Die Idee eines „Civil Society Forums“ (CSF) nach dem Modell der Östlichen Partnerschaft wurde kontrovers diskutiert. Grundsätzlich werde jede neue Initiative aus der EU gegenüber der russischen Zivilgesellschaft begrüßt, betonten russische NGO-Vertreter; es gebe jedoch grundsätzliche Vorbehalte gegen die voreilige Schaffung eines institutionellen Rahmens „von oben“. Am Anfang müsse ein Prozess der Abstimmung und Vernetzung „von unten“ stehen; nur aus diesem könne ein breiteres Forum erwachsen. Unterschiedlich wurde auch die Frage einer möglichen institutionellen Anbindung eines Civil Society Forums an die EU bewertet, wie sie in der Östlichen Partnerschaft existiert. Von einigen als wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Durchführung betrachtet, wurde eine solche Anbindung von russischen NGO-Vertretern skeptisch beurteilt.

Weitere Schritte:

1. Die russischen NGO-Vertreter sehen klar, dass der Ball für eine Ausweitung der zwischengesellschaftlichen Kooperation mit der EU auf ihrer Seite liegt. Grundsätzlich wollen sie dabei einen zweifachen Ansatz verfolgen: ein Ziel ist die bessere Vernetzung der thematisch breiten zivilgesellschaftlichen Szene in Russland; das andere die Ausweitung des Einflusses der Zivilgesellschaft auf die politischen Entscheidungsebenen – in Russland *und* der EU -, um ihren Konzepten mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen.

2. In einem nächsten Schritt soll eine gemeinsame Position zur EU-Russland-Kooperation ausgearbeitet werden. Dabei soll es um die prinzipielle Verankerung der zivilgesellschaftlichen Dimension auf politischer und wirtschaftlicher Ebene, aber auch um die Definition thematischer Arbeitsbereiche gehen, in denen die Zusammenarbeit konkret entwickelt werden kann.

3. Im Hinblick auf ein mögliches Civil Society Forums wollen die NGO-Vertreter eine breitere Abstimmung zwischen den russischen NGOs voranbringen. Dabei soll die Definition konkreter Arbeitsfelder für die zwischengesellschaftliche Kooperation im Hinblick auf eine Modernisierungspartnerschaft mit der EU im Mittelpunkt stehen. Angestrebt wird die Bildung eines „Steering Committee“, in dem neben einer repräsentativen Vertretung russischer NGOs v.a. die Einbindung von Akteuren und Experten aus anderen europäischen Mitgliedstaaten gewährleistet ist.

Die Rolle der EU bei der Modernisierung Russlands: Zaungast oder Partner? Podiumsdiskussion in Berliner EU-Vertretung

Im Anschluss an den Expertenkreis im Auswärtigen Amt fand eine öffentliche Podiumsdiskussion zur Rolle der EU bei der Modernisierung Russlands teil; Teilnehmer waren Gunnar Wiegand (Direktor Osteuropa, Südkaukasus, Zentralasien der Generaldirektion Außenbeziehungen, EU-Kommission, Brüssel), Dr. Andreas Schockenhoff (Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit, Berlin), Juri Dzhibladze (Zentrum für die Entwicklung der Menschenrechte und Demokratie, Moskau) und Eugeniusz Smolar (Center for International Relations, Warsaw und SWP Berlin).

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage nach dem Verständnis von Modernisierung in Russland. Gunnar Wiegand referierte aus den Vorschlägen der EU an die russische Seite zur Modernisierungspartnerschaft und machte damit den umfassenden Ansatz deutlich, der neben einer industriellen Modernisierung auch die gesellschaftliche Reform vorsieht. Dazu gehörten:

1. Rechtsstaatsausbau – Kampf gegen Korruption, Reform in Miliz und Polizei, Zusammenarbeit mit dem Europarat,
2. Förderung von Investitionen,
3. Integration Russlands in den Weltmarkt; Beitritt zu WTO und OECD,
4. Bessere Verknüpfung der Märkte durch Übernahme von Normen und Standards,
5. Unterstützung bei der Schaffung einer diversifizierten, wettbewerbsfähigen, innovativen Wirtschaft mit besonderer Betonung der Themen Energieeffizienz, ökologische Nachhaltigkeit,
6. Stärkung der Forschungs- und Wissenschaftszusammenarbeit,
7. Förderung des Personenaustausches,
8. Verbreiterung des Dialogs mit der Zivilgesellschaft.

Vor einem überzogenen Anspruch warnte Herr Wiegand: Eine Änderung der russischen Gesellschaft könne letztlich nicht von außen, auch nicht mit großen Fördergeldern bewirkt werden. Die Bedeutung der gesellschaftlichen Reform im Modernisierungsansatz unterstrich Jurij Dzhibladze: Eine erfolgreiche Entwicklung in Russland könne es ohne die Entwicklung demokratischer Institutionen, Rechtsstaat, die Möglichkeit der Beteiligung der Bevölkerung nicht geben. Dieses Verständnis sei jedoch auf Seiten des russischen Staates noch wenig verbreitet. Zwar habe sich der Staat in den letzten

Jahren mit kleinen Schritten in die richtige Richtung bewegt. Dazu gehöre auch das Eingeständnis Medwedews in seiner Poslanie, Russland sei rohstoffabhängig, korrupt und technisch rückständig, besitze eine ineffektive Verwaltung und Eliten, die häufig nicht an Fortschritten interessiert seien. Auch seien erste Reformmaßnahmen im Gerichtswesen, in der Armee und im Strafvollzug eingeleitet worden. Positiv sei die Ratifizierung von Protokoll 14 der EU-Menschenrechtskonvention. Gleichwohl sei dies alles zu wenig und zu langsam. Es sei notwendig, dass die EU klar gegenüber den russischen Behörden Position beziehe. Hier müsse sich der Dialog mit der russischen Zivilgesellschaft stärker niederschlagen. Ohne Druck von außen werde sich Russland nicht bewegen, ohne Unterstützung werde es die Zivilgesellschaft sehr schwer haben. Eugeniusz Smolar plädierte für die Institutionalisierung eines EU-Russland Civil Society Forums und unterstrich dabei die Notwendigkeit eines freien Zugangs unabhängiger NGOs. Dabei gehe es darum, Russland die Bedeutung von Menschenrechten, einem Rechtsstaat und Bürgerfreiheiten zu vermitteln. Notwendig sei eine freie Debatte darüber, was für ein Land Russland sein wolle.

Итоги экспертного форума ЕС-Россия: новые перспективы сотрудничества по линии общественности

д-р Андреас Шоккенхофф

Как уполномоченный Федерального правительства по делам России, я с некоторых пор вижу новые возможности для расширения сотрудничества между Европейским Союзом и Россией, прежде всего на уровне общественности. Еще в 2009 году сотрудничество между ЕС и Россией было важным пунктом подготовленного мною

документа, состоявшего из 10 тезисов и посвященного «Новым основам для германо-российского сотрудничества по линии общественности» (13.2.2009). На сегодняшний день некоторые явления на международной арене действительно создали новую динамику: «перезагрузка», проводимая администрацией Обамы, мировой финансовый кризис, программа ЕС «Восточное партнерство», сближение между Россией и Польшей и в первую очередь партнерство для модернизации, которое ЕС предложил России в конце 2009 г. Эту динамику, надо, по моему убеждению, использовать! Поэтому в марте 2010 года в Брюсселе я обсудил с представителями Европейской комиссии, Европейского совета и в Европейском парламенте возможности новых импульсов для сотрудничества с Россией по линии общественности. Одновременно германские неправительственные организации представили документ с изложением своей позиции под названием „For a New Start in EU-Russia Civil Society Cooperation“ («За новый старт в рамках сотрудничества между ЕС и Россией по линии гражданского общества»), под которым я также поставил свою подпись наряду с целым рядом германских и европейских фондов и союзов.

Мои соображения сводятся в настоящее время к шести пунктам:

- «перезагрузка» сотрудничества между ЕС и Россией по линии общественности «на равных» вместо сохранения позиции организации, оказывающей помощь, характерной для 90-х годов;
- улучшение согласования с концепциями, представлениями и пожеланиями российских неправительственных организаций;
- расширение тематического спектра для совместной работы по проектам

в рамках модернизационной повестки дня;

- критическая пере проверка существующих предложений со стороны ЕС и финансовых инструментов;

- создание „Civil Society Forum“ («Форума гражданских обществ») ЕС и России по модели «Восточного партнерства»;

- назначение координатора сотрудничества между ЕС и Россией по линии общественности.

В письме, направленном верховному представителю ЕС по иностранным делам и политике безопасности Кэтрин Эштон, я выступил за лучшее закрепление сотрудничества по линии общественности – в концептуальном, институциональном и финансовом планах – в рамках сотрудничества между ЕС и Россией. Переговоры в Берлине 6 мая 2010 года накануне очередного саммита ЕС-Россия в Ростове-на-Дону в конце мая должны были создать возможность для того, чтобы обсудить непосредственно с действующими лицами перспективы сотрудничества по линии гражданского общества в рамках партнерства между ЕС и Россией в целях модернизации.



Арсений Рогинский

Наряду с директором управления по Восточной Европе, Южному Кавказу и Центральной Азии генерального директората по внешним связям Европейской комиссии **Гуннаром Вигандом** в дискуссии приняли участие

Юрий Джибладзе, президент московского Центра развития демократии и прав человека, **Арсений Рогинский** и **Елена Земкова** из правозащитного общества «Мемориал» и **Мария Черток**, директор российского представительства британского фонда Charities Aid Foundation. Польские неправительственные организации, часть которых связана с российскими партнерами многолетними контактами, были представлены **Данутой Пшеварой**, председателем правления Хельсинкского фонда по правам человека и представительницей „Grupa Zagranica“ в Варшаве.

Новые перспективы:

По итогам этих двух мероприятий и моих личных бесед со всеми участниками можно констатировать следующее:

1. С одной стороны, имелся всеобщий консенсус относительно новых возможностей в рамках сотрудничества с Россией, прежде всего благодаря новым подходам в модернизационной повестке дня президента Медведева. С другой стороны, именно представители от России предостерегали от иллюзий и требовали терпения и осторожного подхода после откатов, имевших место в последние годы. То, что провозвестил Медведев, остается все еще в основном риторикой, однако к этому надо относиться всерьез. По многим темам, затронутым президентом, российские неправительственные организации могли бы дать новые важные импульсы. Гражданское общество, однако, в долгосрочном плане может сформироваться только в результате естественного процесса роста «снизу», для которого требуется время. У российских неправительственных организаций, например, нет пока еще единой позиции относительно сотрудничества с западными партнерами.

2. Со стороны ЕС Г. Виганд подчеркнул нынешнюю «трезвую» позицию по отношению к России. С Россией имеются общие интересы, но в настоящее время, к сожалению, в интерпретации общих ценностей стороны далеки друг от друга. Переговоры относительно нового соглашения о партнерстве и сотрудничестве (СПС) по многим сферам продвигаются довольно медленно. Предложение партнерства для модернизации, сделанное России, должно дать новый политический импульс, опираясь по десяти конкретным темам на реформы президента Медведева. При этом речь идет о комплексном подходе, охватывающем не только экономико-технический, но и политический, и общественный уровни, а также уровень правового государства и недвусмысленно включающем в себя гражданское общество. Какого-то ограничения чистой передачей технологий России со стороны ЕС не будет.



3. Со стороны российских неправительственных организаций подчеркивалась необходимость «пакетного подхода» к партнерству для модернизации с Россией. Без демократии и верховенства права технологическая помощь «просядет» и конкретные преобразования заставят себя ждать. Перед тем, как выдвинуть новые инициативы или предложить новые инструменты, речь должна идти о занятии ЕС четкой политической позиции в том, что касается россий-

ского гражданского общества. Целью должно стать партнерство, базирующееся на общих принципах. О нем следует договариваться посредством четкого обсуждения проблем «на равных».

4. В принципе представители российских неправительственных организаций подчеркнули опасения по поводу своего вовлечения в «бюрократические процессы» не только в России, но и на стороне ЕС. Исторический опыт научил их оставаться скептически настроенными в отношении инициатив «сверху»; и после «поворота» то и дело возникали искусственные «имитации» без каких-либо конкретных результатов. Возможности сотрудничества с государственными институтами в своей стране оценивались по-разному, указывались, однако, отдельные позитивные примеры (фонд «Память, ответственность, будущее»; городская администрация города Пермь, местный уровень).



5. Российские представители подчеркнули задачу по созданию более широкой платформы среди неправительственных организаций в своей стране, которая должна определить принципиальные ожидания и конкретные цели, связанные с сотрудничеством с ЕС. Были также требования относительно права на участие в принятии решений или права на заслушивание в процессе формулирования политического сотрудничества между ЕС и Россией –

вплоть до непосредственного участия неправительственных организаций в рамках переговоров между ЕС и Россией. Другое требование касалось облегчения процедуры получения виз – особенно для представителей гражданского общества. В долгосрочном плане введение безвизового режима станет важным импульсом для открытости российского общества.

6. Со стороны ЕС в центре внимания находился изменившийся ландшафт финансовых инструментов содействия. В рамках *European Neighbourhood Partnership Instruments* – ENPI / Европейского инструмента соседства и партнерства/ Россия больше не допускает оказания содействия на двусторонней основе; однако имеется позитивный опыт в сфере приграничного сотрудничества. Изучается также вопрос о расширении объема средств, предназначенных для России, в рамках *European Instrument für Democracy and Human Rights* – EIDHR /Европейского инструмента содействия демократии и правам человека/ и других программ. Тема финансового содействия вызвала споры среди российских участников дискуссии. Деньги – это не самое важное. Решающее значение имеет независимость источников финансирования – также, когда речь идет об иностранной поддержке. Для того, чтобы не допустить злоупотреблений, должна быть выработана система правил по распределению финансовых средств (прежде всего средств ЕС) среди российских организаций гражданского общества. В России имеется позитивный опыт работы с так называемыми «финансовыми операторами», которые были отобраны на основе публичных конкурсов с тем, чтобы эффективно обеспечивать передачу средств между государством и гражданским обществом.

7. Имелось единство мнений по поводу того, что образовательные программы и программы обмена для молодежи должны стать одной из особых главных тем сотрудничества с Россией по линии общественности. Важно подключить к этому и тех молодых людей, которые не считают себя членами какого-либо политического или общественного движения. Поэтому за рамками конкретной работы неправительственных организаций по осуществлению проектов и за рамками официальных образовательных программ необходимо оказывать более широкое содействие неформальному обмену с российской молодежью. Следует также расширить программы добровольцев для молодежи. Со стороны ЕС уже увеличен объем средств, предназначенных для России, в рамках программ *Tempus* (сотрудничество между университетами) и *Erasmus* (обмен студентами) до почти 12 млн. евро в год для каждой программы; однако необходимо изучить вопрос о подключении российской молодежи к программам ЕС *Comenius* (школьное образование) и *Leonardo da Vinci* (профессиональное образование).

8. Идея создания „Civil Society Forum“ (CSF) по модели «Восточного партнерства» вызвала споры среди участников дискуссии. В принципе каждая новая инициатива со стороны ЕС в адрес российского гражданского общества приветствуется, подчеркнули представители российских неправительственных организаций; однако имеются принципиальные предубеждения относительно поспешного создания каких-либо институциональных рамок «сверху». В начале должен находиться процесс согласования и объединения в сеть «снизу»; только на его основе может вырасти более широкий форум. По-разному оценивался вопрос о возможной институциональной

привязке Civil Society Forum к ЕС, в той форме, в какой она существует в рамках «Восточного партнерства». И если одни рассматривали это как важную предпосылку для реализации планов, то представители российских неправительственных организаций скептически оценили подобную привязку.

Дальнейшие шаги:

1. Представители российских неправительственных организаций четко видят, что мяч в деле расширения сотрудничества с ЕС по линии ответственности находится на их стороне. В принципе они намерены при этом придерживаться двуединого подхода: одна цель – это более совершенное объединение в сеть широкой в тематическом плане сцены гражданского общества в России; другая – расширение влияния гражданского общества на уровни, на которых принимаются политические решения – в России и в ЕС с тем, чтобы привлечь большее внимание к его концепциям.

2. Следующим шагом должна стать выработка совместной позиции по сотрудничеству между ЕС и Россией. При этом речь должна идти о принципиальном закреплении измерения гражданского общества на политическом и экономическом уровнях, а также об определении тематических рабочих сфер, в рамках которых может развиваться конкретное сотрудничество.

3. С учетом возможного появления Civil Society Forum представители неправительственных организаций намерены добиваться более широкого согласования действий между российскими НПО. При этом в центре внимания должно находиться определение конкретных рабочих сфер для сотрудничества по линии общественности с учетом партнерства с ЕС для модернизации. Целью является создание «Steering Committee»/Координационного комитета/, в рамках которого

наряду с репрезентативным представительством российских правительственных организаций будет обеспечиваться прежде всего подключение игроков и экспертов из других европейских государств-участников.

Positionspapier:

For a New Start in Civil Society Cooperation with Russia

Summary

After a drastic reduction of EU assistance for civil-society structures in Russia in recent years, it is time to re-launch EU-Russian intersocietal cooperation. Several factors contribute to create a “window of opportunity” for a renewed effort to strengthen cooperation with Russia in the fields of rule of law, human rights and democracy building. Most important elements shaping a more favourable political landscape are:

1. The new dynamic created by the EU’s “Eastern Partnership” which calls for symmetrical responses in a new Partnership and Cooperation Agreement (PCA) with Russia.

2. The political impact of the economic crisis, which has led to growing calls among Russian elites for an “internal modernisation” and new dialogue between state and society.

3. President Medvedev’s repeated calls for Russia’s modernisation underlining an active role for civil society.

4. Prospects for a broader “reset” of Russia’s relation with the “West”.

5. An improved climate for civic engagement in Russia in the wake of revised NGO legislation and President Medvedev’s announcements.

6. The competence and professionalism of Russia’s young, but resilient NGO and civil society sector.

Considering the favourable climate for strengthening inter-societal cooperation with Russia, it is vital for this cooperation

to be rethought, restructured and made more effective.

Crucial points seem to be the following:

1. A critical reassessment of EU assistance programs for Russian civil society with an aim to shift from an assistance mentality to genuine partnership
2. A substantial increase of EU funding in the ENPI/EIDHR instruments targeted for third sector development in Russia, reflecting the relevance and potential of Russian civil society today
3. Provision of leaner, more transparent and more accessible EU instruments for the Russian civil society actors and their EU partner organisations
4. Creation of a joint EU-Russian Civil Society Forum comparable to the Eastern Partnership Civil Society Forum
5. Serious efforts for a road-map for a visa-free travel regime between the EU and Russia

Contact German-Russian Exchange, Berlin (www.austausch.org) European Exchange, Berlin (www.european-exchange.org)

For more information, to join the initiative and to sign the position paper please contact: Stefan Melle (stefan.melle@austausch.org) or Stefanie Schiffer (stefanie.schiffer@europeanexchange.org).

Den aktuellen Stand der Unterschriftenliste können Sie einsehen unter:
<http://www.austausch.org/aktuelle-meldungen/newsdetail/article/67/positions-pap.html>

Disengaging from Russia?

Almost 20 years after the collapse of the Soviet Union, it is time to take stock of EU engagement in Russia. Many factors have changed on both sides, while EU-Russian relations have become increa-

singly strained. Very simply put, Russia has become richer and more stable, but also more self-assertive and less oriented towards cooperation with Europe.

For its part, the EU has been slow and inflexible to react to the systemic changes in Russia.

Disappointed at the limited impact of civil society cooperation with Russia, the EU has responded to Russia's increasingly authoritarian course by consistently cutting its assistance

programmes, including those tailored to support the development of rule of law, human rights and civil society in general. Russian civil society actors today have significantly less options for working within EU-supported projects or developing peer-to-peer partnerships with

European counterparts than in the 1990s. The low level of funding for civil society actors in no way matches the importance of Russia as the EU's biggest neighbour, nor does it pay tribute to the renewed importance of Russian civil society for the modernisation agenda of the current Russian leadership.

A Window of Opportunity

Over the past 18 months, a series of political factors have converged to create a "window of opportunity" which calls for renewed efforts to boost civil society relations between the EU and Russia. Important changes in Russia and the international environment are shaping a more favourable political landscape in which EU-Russian cooperation in the fields of rule of law, human rights and democracy assumes new importance:

1. *The "Eastern Partnership" – a new driving force.* The EU's new "Eastern Partnership (EaP)", notably the "Civil Society Forum" launched in November 2009, creates a new dynamic emphasizing the importance of the post-Soviet region for the EU. Although Russia is not a part of the EaP, it is openly invited to cooperate on a project level. To avoid

an increasing asymmetry between the EU relations with Russia and its other Eastern European neighbours, the EU should speed up negotiations to conclude a new Partnership and Cooperation agreement (PCA) with Russia including a similarly strong and explicit focus on civil society cooperation.

2. *The political impact of the global economic crisis:* The crisis, which has hit Russia worse than many other countries, has exposed numerous economic and social problems which remain unsolved, and have partly grown worse under the present “power vertical” (backward economy based on raw materials, inefficient governance affected by largescale corruption, demography, health, poverty, infrastructure, etc.). This has initiated a debate about an “inner modernisation” of Russia, in which the need for a new dialogue between the state and society is seen as a key factor. This critical debate, which started around the Institute for Contemporary Development (INSOR), is gradually expanding to a widening circle of experts, notably among the young liberal economic elites. So far, popular support for the ruling “tandem” remains high, but opinion polls show that this is largely based on a general political apathy and fear of instability. To turn this apathy into civic engagement is the biggest challenge faced by the current Russian leadership. However small the signs of a more pluralistic development are, this “window” opened by a critical reassessment of Russia’s political system creates new chances for inter-societal cooperation.

3. *“Go Russia!”:* Russia now has a President who consistently highlights the importance of civil society as a vital element for Russia’s modernisation. In a clear departure from increasingly hostile undertones on NGO activities in recent years, the President now labels civil society as “the other face of the state” and sees innovation, entrepreneurship and civic development linked to individual en-

agement rather than the state policy. In his dramatic appeal, entitled “Go Russia!”, the President recently called on the Russian people to support his modernisation agenda by assuming personal responsibility. The Presidential website has received more than 15 thousand opinions and articles in response to the “Go Russia!” article by Medvedev. While experts still question the President’s political will to enforce his agenda, the EU should take his official statements at face value and define ways to respond to their main message – the modernisation of Russia through its own people.

4. *A wider international “reset”.* A possible restart in EU-Russian relations is also boosted by recent improvements in the broader political climate between Russia and the “West”. On the one hand, the economic crisis has heightened awareness that Russia remains dependent on cooperation with post-industrial economies and investment from abroad. At the same time, the conciliatory “reset” line of the Obama administration has opened prospects for a warming in US-Russian relations. While it is clear that Russia’s basic foreign policy remains unchanged, President Medvedev has openly called for a new “rapprochement and interpenetration” with Russia’s international partners. This is echoed by appeals of PM Putin for renewed Western economic engagement in Russia. At the same time, encouraging new approaches could emerge in US-Russian civil society relations following the “Civil Society Summit” in Moscow in July 2009. The EU must keep abreast of these developments and retain a leading role in this field.

5. *Revised NGO legislation:* Although political conditions for civil activity remain ambivalent, a series of concrete steps initiated by President Medvedev have a potential to strengthen the work of Russia’s NGO sector. Generally, the climate for public activity continues to

suffer from a climate of fear and impunity, following a series of spectacular political murders in 2009. On the other hand, there has been a series of encouraging signals initiated by the Russian President. These include the reconstitution of the Presidential “Council for the Development of Civil Society and Human Rights” presided by Ella Pamfilova and made up by many prominent critics of the government, the reinstatement of Vladimir Lukin as the human rights ombudsman and the revision of NGO legislation. Following adoption of a first package of amendments to the NGO law, easing onerous registration, reporting and control regulations, the “Pamfilova council” is now preparing a draft law to improve financial and tax provisions for Russian NGOs while aiming to completely reform Russian NGO legislation by the end of 2010 – new developments the EU must be ready to use.

6. The resilience of Russia’s young NGO sector: Having survived an increasingly “uncivil” and hostile climate since 2006, Russia’s young, vibrant non-government sector is facing an ambivalent situation. On the one hand, Russian NGOs are today visibly more marginalised than in the 1990s, although less than 10% live on Western assistance. On the other hand, they are threatened by dramatic financial cut-backs in the wake of the economic crisis and withdrawal of many Western donors intimidated by Putin’s hostility to Western funding in 2006-2008. At the same time, the economic crisis also opens up new chances for Russian NGOs to prove their “added value” and emerge in a strengthened position. Together with the small new landscape of philanthropic foundations, the 230,000 non-government organisations form a competent “island” of non-state activity which can provide the base for a “third sector” vital for Russia’s development. The EU should offer Russia a partnership in preserving and developing this precious treasure.

Recommendations

1. New impulses for EU civil society cooperation with Russia should be based on a conscious “policy shift” in bilateral attitudes: The logic of “help”, “transfer of know-how” and “assistance” of the early 1990s needs to be adapted to the realities of today’s more self-assertive Russia. The existing “assistance” approach should make way to a policy aiming at **genuine partnership** based on mutual interests. New EU strategies must aim at promoting more professional, reciprocal and peer-to-peer agendas with Russian NGO partners.

2. To respond to the new “window of opportunity” for civil society cooperation with Russia, the EU should substantially **increase funding** for third sector development in Russia. Financial means should at least be brought back to the level of the late phase of the TACIS programme. The **ENPI** and the **EIDHR** programmes, as well as potentially new civil society programmes for Russia, must reflect the importance of Russian civil society development for European stability and democratic development. In defining the annual Action Plans for Russia within the ENPI programme, the EU must be flexible on the range of projects proposed, but firm on the NGO nature of the recipients. Better funding is even more vital for the EIDHR, the EU’s worldwide program for the support of human rights and fundamental freedoms. In 2008, 1,2m € were earmarked for Russia under EIDHR, the same amount as for Croatia or Bosnia-Herzegovina. This does not reflect the importance of human rights in Russia and their relevance for freedom and security in Europe. As a programme independent of official endorsement of national authorities, EIDHR has great potential to provide effective support for Russia’s human and civil rights sector. In view of current developments, Russia should become a priority target in the EIDHR’s upcoming programme planning.

3. After years of streamlining its financial programmes into ever bigger, but increasingly complex and often non-transparent modules, the EU must reverse to provide **smaller, more transparent and more accessible grants** for Russian civil society actors. Administrative regulations and requirements from applicants should be simplified and adapted to the needs and realities of Russian (notably regional) civil society actors. Administrative resources in the EC Delegation in Moscow should be accordingly reinforced. Twinning programs strengthening civil society networks between Russia and EU should be given priority.

4. The EU and Russia should move to create a joint **EU-Russian Civil Society Forum**. As Russia's most important foreign trade partner and a key security interlocutor, the EU needs a platform to discuss and monitor EU-Russia cooperation on a broader, intersocietal level. Similar forums only exist on bilateral levels, such as the German-Russian "Petersburg Dialogue" or the newly created "US-Russian Working Group on Civil Society" set up under the Obama-Medvedev Commission. A joint EU-Russian Forum, bringing together non-state actors is overdue and would - with EU assistance - provide a regular forum for dialogue as well as an institutional framework to coordinate all issues listed above.

5. The negotiations of the new PCA Agreement should open up a clear perspective for improvements in **visa-free travel for non-government actors** between the EU and Russia. The existing visa-facilitation agreement needs to be adapted to strengthen the inclusion of Russian and European NGO representatives. Active participants of intersocietal cooperation, from programme managers to participants of exchange programmes or young volunteers from the civil society networks ultimately ensure the rapprochement between Russia and Europe to which official politics are committed .

Ansprache anlässlich der Kranzniederlegung in Luckenwalde am 9.5.2010 zum Gedenken an das Kriegsende vor 65 Jahren

Dr. Andreas Schockenhoff



Ich danke Ihnen für Ihr Kommen an diesem Sonntagmorgen, an dem wir des Endes des Zweiten Weltkrieges gedenken wollen. Wir haben uns auf dem Friedhof des Stammlagers III A versammelt, einem der größten deutschen Kriegsgefangenenlager.

Mit Ihrer Anwesenheit zeigen Sie – zeigen wir gemeinsam – dass auch 65 Jahre nach Kriegsende die Bedeutung der Ereignisse und die Lektionen aus dieser Zeit nichts an Aktualität eingebüßt haben. Ich freue mich, dass meinem Aufruf, den ich im Namen der Bundesregierung aussprechen durfte, so viele Bürgerinnen und Bürger gefolgt sind.

Der Krieg, der vor 65 Jahren zu Ende ging, war ein Ereignis von weltumspannender Destruktivität und fand vor einem Hintergrund einer verbrecherischen deutschen Politik des Rassenhasses statt. Es ist unmöglich, bei einer Gedenkveranstaltung aus diesem Anlass

allen Aspekten des Leids und der Schuld gerecht zu werden.

Ich möchte das am heutigen Tag daher auch gar nicht versuchen. Als deutsch-russischer Koordinator habe ich diese Gedenkstätte für den heutigen Tag ausgesucht, weil sie stärker als viele andere, häufig größere und bekanntere Orte, die Opfer des Krieges greifbar macht.

Bei dem Kriegsgefangenenfriedhof des Stammlagers III A von Luckenwalde handelt es sich nicht um eine abstrakte Gedenkstätte, auch nicht um einen heroisierenden oder mythologisierenden Ort. Hier haben ganz real junge Männer aus allen Teilen der Welt gelitten. Sie wurden gefangen gehalten und in vielen Fällen sind sie an den Lagerbedingungen zugrunde gegangen. An dieser Stelle wurden sie begraben. Die weitaus meisten von ihnen waren sowjetische Soldaten.

Richard von Weizsäcker hat es in seiner wegweisenden Rede vor 25 Jahren klar zum Ausdruck gebracht: Der Tag des Kriegsendes war auch für Deutschland ein Tag der Befreiung. Deswegen gebührt auch dem Opfer, das die Sowjetunion für diesen Sieg erbringen musste, die historische Anerkennung. An dieser Stelle wird das Opfer greifbar durch die Gräber von über 4.000 jungen Menschen aus der Sowjetunion, die auf dem hinteren Teil des Friedhofes in Massengräbern ruhen, und deren Namen wir zum größten Teil bis heute nicht kennen.

Die Gräber stehen auch stellvertretend für ca. drei Millionen sowjetische Soldaten, die in deutscher Kriegsgefangenschaft gestorben sind. Die Behandlung der russischen Kriegsgefangenen, von denen etwa zwei Drittel die Gefangenschaft nicht überlebt haben, muss uns in Deutschland auch heute noch mit Scham erfüllen. Diejenigen, die überlebt haben, hat häufig in der Sowjetunion ein weiteres schweres Schicksal erwartet. Ihr Opfer wurde von der eigenen Heimat nicht anerkannt. Das sowjetische Mahnmal wurde auch – anders als das italieni-

sche Mahnmal oder die französische Gedenktafel – erst etwa 15 Jahre nach Kriegsende errichtet.

Das sowjetische Mahnmal heroisiert auf seiner Inschrift nicht, wie in vielen anderen Fällen, die Leistungen toter Helden, sondern thematisiert das Leiden sowjetischer Bürger. Aus unserer heutigen Perspektive berührt es gerade dadurch besonders.

Anstatt vom einzelnen Menschen zu abstrahieren und ein kollektives Heldentum zu glorifizieren, lenkt es den Blick auf das Menschliche und das Leiden des Einzelnen. Auch aus diesem Grund ist heute für mich die Gedenkstätte in Luckenwalde ein besonders würdiger Ort.



Meine Damen und Herren,

einige von Ihnen haben eben Gelegenheit gehabt, die Führung durch das Dokumentationszentrum zum Lager im Museum von Luckenwalde mitzuerleben, andere werden noch die Gelegenheit haben oder kennen die Fakten. Ich möchte daher nicht die Lagergeschichte wiederholen.

Zu einem öffentlich zugänglichen Ort wurde dieser Friedhof erst nach 1994, nachdem die spätere Nutzung des Lagers durch die sowjetischen Streitkräfte endete. Ich möchte der Stadt Luckenwalde meinen Respekt dafür zollen, dass sie diesen Friedhof zu einem Ort würdigen Gedenkens an die Opfer hergerichtet hat. Durch die Neuanlage der

Bepflanzung, die auch den sowjetischen Teil zur Geltung bringt, durch die Restaurierung der Mahnmale und des französischen Kreuzes haben Sie, Frau Bürgermeisterin Herzog von der Heide, dafür gesorgt, dass die Verbindung zu diesem Teil unserer Geschichte hier greifbar bleibt, dass hier ein Ort des Erinnerns, des Gedenkens und der Mahnung für uns und die vielen beteiligten Nationen geschaffen wurde.

65 Jahre nach Ende der tragischen Ereignisse erscheint es mir wichtig, dass wir im Bewusstsein der Lehren aus unserer Vergangenheit nach vorne schauen. Einfache Parolen wie etwa „Nie wieder Krieg!“ können dabei nicht ausreichen. Es muss uns auch um die Wurzeln des Krieges gehen. Diese sind so vielfältig wie es Länder und Konflikte sind. Auch im Fall des Zweiten Weltkrieges sind sie von Historikern von vielen Seiten beleuchtet worden. Wenn wir nach Erklärungen dafür suchen, wie die verbrecherische deutsche Politik möglich wurde, begeben wir uns auf ein sehr weites und unübersichtliches Feld.



Inschrift: Zum ewigen Gedenken an die sowjetischen Bürger, die in faschistischer Gefangenschaft gequält wurden

Als Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland möchte ich daher ein für mich persönlich ganz wichtiges Element herausgreifen. Ich möchte besonders auf die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements in jeder Gesellschaft hinweisen. Es ist das Wesen jeder Diktatur, bürgerschaftliches

Engagement zu unterdrücken. Denn jede Diktatur muss sich vor dem frei und unabhängig denkenden Bürger fürchten. In Deutschland gab es davon, als Hitler die Macht übernahm, zu wenig. Und mit denen, die es gab, hatte die Nazi-Diktatur wenig Geduld. Den Kurs der Barbarei haben die, die nicht einverstanden waren, nicht zu verhindern vermocht.

Ich habe die Gewissheit, dass eine pluralistische Gesellschaft, wie unsere heutige, bessere Voraussetzungen dafür bietet, dass der Bürger dem Staat seine Grenzen aufzeigt. Aber wir bleiben stets dazu aufgerufen, unser Gewissen zu prüfen, und uns dort, wo das staatliche Handeln diesem Gewissen zuwiderläuft, zu engagieren. Wenn dieses Bewusstsein bei allen Bürgern – bis hin zu jenen in den staatlichen Strukturen selbst – Teil der eigenen Kultur geworden ist, können wir auf eine menschliche, eine zivile Gesellschaft hoffen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns nun gemeinsam den Kranz zu Ehren der im Lager verstorbenen Kriegsgefangenen niederlegen. Damit gedenken wir auch der Millionen Soldaten, die insgesamt in deutscher Gefangenschaft umgekommen sind. Von den in Gefangenschaft verstorbenen Soldaten gehörte die erdrückende Mehrheit der Roten Armee an. Wir werden nach einer Schweigeminute zum sowjetischen Mahnmal gehen und dort mit einer weiteren Kranzniederlegung und Schweigeminute der sowjetischen Opfer des Krieges gedenken.

Ich danke Ihnen für Ihr Kommen.

Impressum:

Zuschriften bitte an:

KO-RUS, Auswärtiges Amt, 11013 Berlin

oder: KO-RUS-VZ@auswaertiges-amt.de

Zur **Abbestellung des Newsletters** genügt eine kurze Mail.

Die Redaktion:

Dr. Andreas Schockenhoff

Wolfgang Bindseil

Wolfgang Look

Tel.: 030-5000-1551

Fax: 030-5000-5-1551